

Mit Christine Tönigke, Frankenberger im Studio, guten Abend.

US-Präsident Biden erinnert bei seiner Nordirlandreise an die Schließung des Karfreitagsabkommens vor 25 Jahren.

Russland schließt die letzten Lücken für Wehrdienstverweigerer, eine bevorstehende zweite Mobilmachung bestreitet der Kreml.

Trotz Russlands Angriffskrieg will Ungarn weiter vor allem auf russisches Erdgas setzen.

Und im EU-Korruptionskandal darf die ehemalige Vizepräsidentin des Europaparlaments Eva Kaili das Gefängnisunterauflagen verlassen.

Außerdem, mehr umweltschädliche Aufkläre Österreichs Regierung will die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessern.

Slot statt Blockabfertigung, Tirol Bayern und Südtirol treten für ein Verkehrsmanagement mit buchbaren Lkw-Fahrten ein.

Die deutsche Regierung setzt auf Cannabis-Legalisierung leid, die Todesrate bei Krebs in der EU sinkt

und die Hoffnung auf eine Beilegung des Konflikts im Jemen ist das Thema heute in der Journal-Panorama

Mittwochrunde nach dem Abendjournal.

Wir beginnen mit der Wetterprognose.

Manuel Oberhopper, bitte.

Sehr nasse Tage stehen uns bevor.

Schon heute Nacht breitet sich Regen auf viele Teile Österreichs aus.

Morgen am Donnerstag ist es dann bewölkt und nass, vor allem im Süden regnet es kräftig.

Die Schneefallgrenze sinkt auf 1.000 bis 500 Meter.

In höheren Lagen wird es also noch einmal winterlich.

Die Temperaturen kommen kaum über 2 bis 10 Grad hinaus.

Auch am Freitag bleibt es häufig bewölkt.

Entlang und nördlich der Alpen regnet es noch stellenweise.

Zwischendurch Sonne wird es in Vorarlberg.

US-Präsident Joe Biden ist auf Besuch im nordirischen Belfast.

Und Anlass ist die Jubiläumsfeier des K-Freitagsabkommens,

das vor 25 Jahren auch unter US-amerikanischer Vermittlung unterzeichnet wurde

und den jahrzehntelangen blutigen Bürgerkrieg zwischen Katholiken und Protestanten beendet hatte.

Nach einem Bilateralalen Treffen mit dem britischen Premier Sunneck

hat Biden in einer Rede an die Bedeutung des Friedensabkommens erinnert.

Für US-Präsident Biden ist der Besuch auf der irischen Insel

auch eine Reise auf den Spuren der eigenen Familiengeschichte.

Er hat und hatte hier Familie.

Sein Ur-Ur-Ur-Großvater lebte an der Nordwestküste,

bevor er in die USA auswanderte.

Sagt Biden in seiner Rede an der Alster-Universität in Belfast.

Er erinnert daran, wie hart der Frieden in Nordirland vor 25 Jahren erarbeitet wurde,

den die USA mit aller Kraft unterstützen.

Das historische Abkommen hat nicht nur den blutigen Bürgerkrieg beendet, sondern auch das Wirtschaftswachstum angekurbelt.
Die USA will mehr investieren, wenn sich die Dinge weiter in die richtige Richtung bewegen.
Eine Anspielung auf die handlungs- und fähige Regionalregierung seit rund einem Jahr boekutieren pro-britische Unionisten die Zusammenarbeit mit katholischen Nationalisten.
Aus Protest gegen die Brexit-Sonderregeln für Nordirland.
Ich hoffe, es ist nicht anmaßend zu sagen, dass ich glaube, dass die demokratischen Institutionen, die im Karfreitagsabkommen erschaffen wurden, entscheidend sind für die Zukunft von Nordirland.
Er lobt die abgeänderte Vereinbarung des Brexit-Deals, die den Handelsstreit zwischen London und Brüssel beendet hat.
Sein Besuch in Nordirland dauert nur Stunden, schon am Nachmittag restbeiden nach Dublin weiter.
Berichtet Sophie Ruppetz weiter zum Krieg in der Ukraine und zu denen, die an die Front müssen.
In Russland wird es in Zukunft schwieriger werden, der Einberufung zum Militärdienst zu entkommen.
Mit einem neuen Gesetz sollen Wehrpflichtige in der Zukunft elektronisch erfasst werden.
Und wer einen Einberufungsbescheid erhält, darf künftig nicht mehr aus Russland ausreisen.
Aus Moskau berichtet ihnen Miriam Bella.
Das staatliche Online-Service-Portal Gosus Lugi dient den Menschen in Russland bisher vor allem dazu, lange Behördenwege elektronisch abzukürzen.
Von der Anmeldung des Kindes in der Schule bis hin zur Abwicklung von Steuerzahlungen.
Nun soll die staatliche Plattform aber auch dazu genutzt werden, Männern im wehrfähigen Alter ihre Einberufungsbefehle zukommen zu lassen.
Damit sind die Bescheide elektronischer fast.
Eine Umgehung wird praktisch unmöglich gemacht.
Auch eine Ausreise aus Russland soll den Betroffenen verboten werden.
Wer sich nicht innerhalb von drei Wochen bei der zuständigen Militärbehörde meldet, dem drohen außerdem Strafen wie ein Verbot Auto zu fahren oder einen Kredit aufzunehmen.
Auf eine völlige Verweigerung des Wehrdienstes steht nach wie vor eine mehrjährige Haftstrafe.
Die umfangreichen Gesetzesänderungen wurden im Schnellverfahren durch die beiden Kammern des russischen Parlaments gebracht.
Gestern ging das Gesetz einstimmig durch die Staatsduma,

wobei sich einige Abgeordnete beschwert hatten,
dass sie vor der Abstimmung keine Zeit gehabt hätten,
den Entwurf durchzulesen.

Heute hat bereits der Federationsrat das Gesetz durchgewunken.

Die für das Inkrafttreten auch notwendige Unterschrift
von Präsident Putin ist reine Formsache.

Dass die Gesetzesänderung ein Hinweis
auf eine bevorstehende zweite Mobilmachung ist,
bestreitet die russische Führung.

Die Unommission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine
äußert sich heute entsetzt über ein Internetvideo,
dass die mutmaßliche Enthauptung eines ukrainischen Kriegsgefangenen
durch einen russischen Soldaten zeigt.

Die UN und die EU fordern Ermittlungen.

In der Ukraine herrscht Empörung.

Susanne Nevaker.

Der ukrainische Präsident Volody Mirselensky fordert
eine weltweite Reaktion, auf das im Internet aufgetauchte Video,
dass die mutmaßliche Enthauptung eines ukrainischen Kriegsgefangenen
durch einen russischen Soldaten zeigt.

Das ist ein Video von Russland, wie es ist.

Jetzt müsse gehandelt werden, sagt Selensky.

Russland verhalte sich schlimmer als die Terrorgruppe IS
und habe dennoch den Vorsitz im Unossicherheitsrat
empört sich der ukrainische Außenminister Dmitry Kuleber.

Auch der russische Kremelsprecher Dmitry Peskov
spricht von einem schrecklichen Video.

Zunächst muss er aber überprüft werden, ob dieses Video
wirklich echt sei, so der Sprecher des russischen Präsidenten.

Noch wisse man nicht, ob das Video echt sei,
sagt eine Sprecherin der EU-Kommission.

Doch sollte sich die Echtheit des Videos bestätigen,
wäre das eine brutale Bestätigung
der unmenschlichen Aggression Russlands.

Die Ermordung von Kriegsgefangenen
sei eine schwere Verletzung der Genfer Konvention,
so Nabila Masrali, Sprecherin der EU-Kommission.

Die EU-Kommission und auch die UNO fordern Ermittlungen,
um die Verantwortlichen

des mutmaßlichen Kriegsverbrechens zur Rechenschaft zu ziehen.

Erst vor vier Tagen ist ein anderes Video
der russischen Söldnergruppe Wagner aufgetaucht,
das zwei enthauptete ukrainische Soldaten
neben einem zerstörten Militärfahrzeug zeigt.

Das aktuelle Enthauptungsvideo ist offenbar im Sommer aufgenommen worden, da im Hintergrund das Grün der Bäume zu sehen ist. Ein einheitliches Vorgehen gegen Russland von EU und NATO wird immer wieder von Ungarn durchkreuzt. Budapest setzt da jetzt mit neuen Verträgen noch eines drauf. Das Land will weiterhin bevorzugt Erdgas und Erdöl aus Russland beziehen. Russland und Ungarn feiern die Einigung über zusätzliche Mengen. Markus Müller berichtet. Es war ein ungewöhnlicher Besuch, der sich für sein Land offensichtlich ausgezahlt hat. Der ungarische Außenminister Peter Sigador hat gestern in Moskau über die Lieferung von Energie verhandelt. Einer der ersten hochrangigen Besucher eines EU-Außenministers in Russland seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Und Moskau will offenbar zeigen, dass sich solche Besuche lohnen. Ungarn könne mehr Gas beziehen, als bisher vereinbart und müsse die Lieferungen auch erst später bezahlen, heißt es vom Erdgaskonzern Gazprom. Auch auf die weitere Lieferung von Erdöl haben sich die beiden Länder geeinigt. Außenminister Sigador betonte, dass ein Land auch künftig Energie aus Russland beziehen wolle. Ungarn hat bei den Sanktionspaketen der EU gegen Russland mehrere Ausnahmen für sich erreicht. Den Beschlüssen in der Baymer zugestimmt. Eine der Hauptverdächtigen im Korruptionsfall des EU-Parlaments kommt unter Auflagen aus dem Gefängnis frei. Die abgesetzte Vizepräsidentin des EU-Parlaments Eva Keili hat die vergangenen vier Monate in Haft verbracht und kann nun zu Hause dem Gesicht Gerichtsprozess abwarten. Alle anderen Verdächtigen durften bereits mit Fußfessel das Gefängnis verlassen. Aus Brüssel, Raffaella Scheidreiter. Die Griechen Eva Keili gilt als das Gesicht des Korruptionsfalls. In der Brüsseler Wohnung der 44-Jährigen werden Anfang Dezember Taschen mit Bargeld gefunden. Als Vizepräsidentin des EU-Parlaments wird sie abgesetzt. Ihre Partei, die griechischen Sozialdemokraten, schließen sie aus. Die belgischen Ermittler werfen ihr vor Schmiergeld von Katar und Marokko angenommen zu haben

und damit EU vorhaben, im Sinne der Länder zu beeinflussen.
Es geht um Korruption und Geldwäsche.
Auch Kailis Partner, ein Mitarbeiter des EU-Parlaments
der Italiener Francesco Giorgi, wurde festgenommen,
er ist aber schon seit Jena unter Hausarrest.
Die beiden haben eine zweijährige Tochter.
Als Drahtzieher des Skandals gilt ein früherer EU-Abgeordneter,
der Italiener Pierre Antonio Panziere, auch von den Sozialdemokraten.
Er hat sich den Ermittlern aber als Kronzeuge angeboten.
Über die aktuellen Ermittlungen dringt aber kaum etwas nach außen.
In Deutschland wagt sich die Ampel-Regierung
an die Legalisierung von Cannabis.
Allerdings deutlich vorsichtiger als ursprünglich geplant.
Statt des Verkaufs in eigenen Geschäften soll jetzt
der Konsum von Cannabis oder Mariana vorwiegend
im privaten oder speziellen Vereinen erlaubt werden.
Die Legalisierung ist begrenzt auf geringe Mengen
und beim Anbau auf wenige Hanfpflanzen.
Andreas Jülli.
In Deutschland dürfte das Rauchen eines Joint bald erlaubt sein.
Denn künftig soll jede und jeder Erwachsene
bis zu 25 Gramm Cannabis besitzen dürfen
und drei Hanfpflanzen anbauen.
Gesundheitsminister Karl Lauterbach.
Wir wollen eine Möglichkeit schaffen,
sich legal mit Cannabis zu versorgen.
Möglich werden soll das auch in speziellen Vereinen
sogenannten Cannabis-Social-Clubs,
die ihren Mitgliedern die Droge abgeben dürfen,
jedoch maximal 50 Gramm pro Monat.
Denn der Konsum von Cannabis sei gesellschaftliche Realität,
sagt Landwirtschaftsminister Cem Özdemir.
Wir bringen zwei Dinge zusammen.
Auf der einen Seite geben wir das Hand frei
und auf der anderen Seite stärken wir den Kinder- und Jugendschutz.
Denn die Freigabe von Cannabis gelte nur für Erwachsene.
Für unter 18-Jährige sei das weiter verboten.
Im Falle des Missbrauchs gebe es künftig Hilfsangebote.
Dass, wenn der Konsum dort festgestellt wird,
verbindlich entsprechende Programme angeboten werden.
Präventionsprogramme für Minderjährige.
Die beiden Minister bezahlen die geplante Legalisierung
als Fortschrittsprojekt für den Gesundheits- und Jugendschutz,
gegen den Schwarzmarkt und die Drogenkriminalität.

Wir wollen vor Verunreinigungen schützen.
Wir wollen davor schützen, dass es toxische Beimengungen gibt.
Wir wollen davor schützen, dass über Cannabis der Einstieg
in stärkere Drogen stattfindet.
Niemand soll mehr bei Dealern kaufen müssen,
ohne zu wissen, was man sich da einhandelt.
Der ursprünglich geplante Verkauf über spezielle Shops
ist vorerst verschoben, so lässt später kommen
und auch deutlich eingeschränkt.
Nach Österreich jetzt.
Hier will die türkisgrüne Bundesregierung
verstärkt gegen Umweltkriminalität vorgehen,
wie im Regierungsprogramm vorgesehen.
Die Zahl der Fälle von Umweltkriminalität würde ansteigen.
Erklären die zuständigen Ministerinnen
heute nach der Regierungssitzung.
Julia Schmuck mit den Einzelheiten.
Pro Jahr gibt es laut Innenminister Gerhard Karner
von der ÖVP 1.500 Anzeigen nach dem Umweltstrafrecht.
Das sind Beispiele wie illegale Ablagerungen von Müll
oder Verschmutzung von Flüssen oder Bechen.
Die Zahl der Verurteilungen sei zu gering,
sagt Justizministerin Alma Sardinic von den Grünen.
Täterinnen und Täter würden nicht damit rechnen, verurteilt zu werden.
1.500 Anzeigen hat es gegeben.
2021 hat es beispielsweise nur 10 Verurteilungen gegeben.
Eine Taskforce soll jetzt das Wissen von Innen- und Justizministerium
der Behörden auf Bundes- und Landesebene vernetzen, Sardinic.
Es ist deswegen wichtig, weil wir auch sehen,
wir haben sehr viele Anzeigen und wenig Verurteilungen.
Wir wissen, dass das meistens dann auch zu einer Einstellung kommt
oder einem Freispruch, wenn zu wenig Beweise da sind.
Auch Doppelkleisigkeiten sollen abgebaut werden,
erklärt der Innenminister.
Die Erfahrungen auch weiterzugeben, auch resorbergreifend,
in dieser Taskforce, die insgesamt aus 12 Mitgliedern
letztendlich besteht, das ist das wesentliche Ziel daran.
Aktuell stehen laut Karner bundesweit in den Landeskriminalämtern
30 Spezialisten für den Bereich Umwelt zur Verfügung.
Darüber hinaus gebe es etwa 500 besonders ausgebildete Beamte
mit einer Schwerpunktausbildung zur Umwelt vergehen.
Jetzt sollen zusätzliche Beamte ausgebildet werden.
Nächstes Thema, der daran sieht, auf der Brenner-Route
da treten die Länderchefs von Tirol, Südtirol und Bayern

für eine gemeinsame Lösung ein.

Nach heftigen Streitigkeiten der Vergangenheit

wollen sie nun ein Slotsystem mit buchbaren Lkw-Fahrten errichten.

Die gemeinsame Absichtserklärung haben sie heute unterzeichnet.

Deutschland reagiert, reserviert, Rom schweigt.

In den Regionen Tirol, Bayern und Südtirol

ist die Absichtserklärung eine Änderung

in den bisherigen Haltungen in der Transitpolitik.

Das Dauertema sorgte für viel Konflikt.

Nun will man gemeinsam an einer Lösung arbeiten, das ist neu.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder.

Wir hatten ja einige Jahre Funkstille, jetzt senden wir wieder gemeinsam.

Die drei Länderchefs Anton Mattler aus Tirol, Markus Söder aus Bayern

und Arno Kompaccia aus Südtirol haben eine Erklärung

für ein Lkw-Slotsystem auf der Brenner-Route unterzeichnet.

Mit dem System kann man Lkw-Fahrten buchen.

Wenn es keine Fahrten mehr gibt, muss man auf die Schiene
oder einen anderen Zeitpunkt ausweichen, so der Plan.

Das soll zu flüssigerem Verkehr und weniger Stau

auf der vielbefahrenen Brenner-Route führen, so die Hoffnung.

Nach dem Streit der Vergangenheit werden nun neue Wege gesucht,
wie Tirols Landeshauptmann Anton Mattler sagt.

Lösungen im Bereich der Mobilität gibt es nur gemeinsam,
gibt es nur mit Partnern.

Es ist eine Absichtserklärung, beschlossen ist noch nichts,

denn da sind jetzt die Nationalstaaten,

Österreich, Italien und Deutschland am Zug.

Südtirols Landeshauptmann Arno Kompaccia dazu.

Es braucht eine staatenübergreifende Lösung

und dafür braucht es eine Vereinbarung zwischen den Staaten.

Das ist unser Vorschlag.

Die Signale aus Wien, Berlin und Rom sind ganz unterschiedliche.

Vom Transitmanagement zum Corona-Management.

Mit 30. Juni wird Covid-19 rechtlich

anderen Atemwegserkrankungen gleichgestellt.

Die bisherigen Corona-Krisen-Maßnahmen laufen aus.

Das Covid-19-Überführungsgesetz ist vor Ostern
in Begutachtung gegangen.

Es bringt ein Ende der Gratis-Tests, wenn keine Symptome vorliegen.

Die Corona-Impfung wird aber weiterhin kostenlos angeboten.

Die Länder bekommen dafür wie bisher Abgeltungen vom Bund.

Stefan Kappacher berichtet.

Das Covid-19-Überführungsgesetz legt fest,

dass Corona-Tests ohne Symptome ab Sommer bezahlt werden müssen.

Wer hingegen Symptome hart kann,
sich beim Arzt oder bei der Ärztin weiterhin kostenlos testen lassen.
Antigen-Schnelltests werden dabei die Regel sein.
Kostenlos angeboten wird auch nach dem 30. Juni
die Corona-Schutz-Impfung zur Aufrechterhaltung
der Infrastruktur in den Ländern für die Impf-Saison 2023-2024
wurde das Impffinanzierungsgesetz eingebracht.
Mit Ende Juni laufen das Covid-19-Maßnamengesetz
entsprechende Verordnungen und auch die Meldepflicht aus.
Auch die Verkehrsbeschränkungen bei einer Infektion fallen weg.
Bereits mit 30. April fällt ja die Maskenpflicht
auch in Spitälern, Arztpraxen und Pflegeheimen.
Wirtschaft im Abendjournal,
die Lage am Immobilienmarkt bleibt weiter angespannt.
Mieter und Häuselbauer warten ab und beobachten die Lage.
Die Preise stagnieren in der Folge
und sollen im kommenden Jahr sogar noch sinken,
wie Paul Siehorsch berichtet.
Die sinkende Nachfrage am Immobilienmarkt
lässt die Preise bis auf wenige Ausnahmen stagnieren.
Heuer, damit rechnet man im Fachverband
der Immobilientreuhänder in der Wirtschaftskammer.
Der Paradigmenwechsel geht hin zu mehr Mietwohnungen,
sagt Johannes Wild, ob man Stellvertreter des Fachverbands.
Beim Eigentum könnte es dann im nächsten Jahr
zu einem Preisrückgang kommen.
Ich glaube, das geht jetzt in die andere Richtung
und ich werde sicher das nächste Jahr nicht mehr von Plus reden können,
sondern nicht mehr von Minus.
Ich bin mir sicher, dass die Preise stark zurückgehen.
Genaue Prognosen wären aber Kaffeesud-Leserei.
Die Stellschrauben sind vielfältig.
Da geht es etwa um das Thema Bauen.
Es kommen in den nächsten Jahren weniger Wohnungen auf den Markt.
Und natürlich der Frage,
ob die strengen Kreditregeln noch mal gelockert werden.
Und es geht um die Inflation.
Außerdem bleiben die Baukostenthema, wird saniert, hat das Auswirkungen,
etwa auf die Mieten so wild.
Die Preise werden steigen müssen,
weil es dementsprechend impliziert sein wird,
in irgendeiner Miete in irgendeinen Kaufpreis,
was ich vorher in das Haus investiert habe.
Es muss sich ja irgendwie zeigen

und dementsprechend werden auch die Preise steigen.
Ob also die Preise für Eigentum sinken
und die Mieten nach oben gehen werden,
sei aktuell noch nicht genau prognostizierbar.
Für Heuer bleibt es laut Wirtschaftskammer
erst einmal bei einer Seitwärtsbewegung
bei den Immobilienpreisen.
Vom Eigentum zur Sanierung des selbigen
nützlich auch für den Klimaschutz.
Die Gebäudesanierung geht in Österreich nur schleppend voran.
Werben wir morgen schon all berichtet.
Die Regierung hat eine Sanierungsquote von 3% vorgegeben.
Die Fako liegt Österreich derzeit aber nur bei der Hälfte.
Sanieren ist für viele Haus- und Wohnungsbesitzer teuer
und außerdem kompliziert.
Hannah Sommersacher.
Sanieren ist teuer.
Die komplette Sanierung eines Einfamilienhauses
kostet derzeit im Schnitt 100.000 Euro.
Robert Schmid leitet Baustoffunternehmen.
Er verweist auf die vielen Förderungen,
die beim Sanieren helfen sollen.
Vom Bund, vom Land, von den Gemeinden.
Das ist ein großer Aufwand, da möglichst viel zu bekommen.
Aber ich würde meinen, ein Drittel sollte man
jedenfalls gefördert bekommen.
Die Fördersysteme sind aber kompliziert.
Sinnvoll wäre ein einheitlicher Anlaufpunkt.
Eine Sanierung rechnet sich aber innerhalb von wenigen Jahren.
Und sie ist fürs Klima wichtig, sagt Klimaökonom Karl Steininger.
Weil wir insgesamt mit dem Energieverbrauch herunter müssen.
Wir können klimaneutral nur werden,
wenn wir den Energieverbrauch etwa halbieren.
Allein durch die Wärmedämmung eines Hauses
könnte man viel Energie und Treibhausgase einsparen.
Berichtet Ihnen Hannah Sommersacher.
In Wien musste sich der suspendierte Sektionschef
im Justizministerium Christian Pilnercek heute einmal mehr
vor einer Disziplinarkommission verantworten.
Ihm wird vorgeworfen, meine Hausdurchsuchung verraten
und Dienstgeheimnisse weitergegeben zu haben.
Nach zwei Jahren wird seine Suspendierung jetzt neuerlich geprüft.
Jürgen Pettinger mit Einzelheiten.
Er galt vielen einst, als eine der mächtigsten Personen

im Justizministerium.

Einigen gar als eine Art Schattenminister.

Bis ihm vor zwei Jahren unter anderem vorgeworfen wurde, sich in ein umstrittenes Verfahren der Wirtschafts- und Korruption, gegen eine Journalistin eingemischt zu haben.

Nach einer Hausdurchsuchung beim damaligen ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel sind zudem Jets mit dessen Kabinettschef aufgetaucht.

Von einem Putsch war da die Rede.

Pilnercek wollte wissen, wer Gernot, also den Minister, auf seine Vernehmung vorbereitet.

Er selbst beteuert, immer nur freundschaftliche Ratschläge gegeben zu haben.

Die Frage ist jetzt, ob das einem hohen Justizbeamten zusteht oder nicht.

Auch bei der Staatsanwaltschaft in Innsbruck laufen nach wie vor die Verhandlungen gegen ihn, und zwar wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch oder etwa der Verletzung des Amtsgeheimnisses.

Die Bundesdisziplinarbehörde hat ihre Verhandlung heute auf den 27. April vertagt.

Wissenschaft im Abendjournal

Die Krebssterblichkeit in der EU geht zurück.

Das geht aus einer italienischen Studie hervor.

Die Verbesserung lässt sich auf drei Faktoren zurückführen, berichtet Lorenz Wildner.

Besonders in reichen Ländern Europas sind die Sterberaten zurückgegangen, durch teilweise gesünderen Lebensstil, verbesserte Früherkennung und Durchfortschritte in der Medizin.

Im Vergleich zu vor fünf Jahren ist die Krebssterblichkeit bei Frauen in EU-Mitgliedsländern um etwas mehr als 3,5% gesunken, bei Männern sogar um 6,5%.

Die fast doppelt so hohe Reduktion der Sterblichkeit gegenüber den Frauen liegt aber vor allem an dem deutlich höheren Ausgangswert der Männer.

Am stärksten reduziert hat sich die Sterblichkeit bei Magenkrebs, gefolgt von Leukämierkrankungen.

Auch die Brustkrebssterblichkeit bei Frauen ist in den letzten Jahren ständig rückgängig.

Nimmt man das Jahr 1989 als Maßstab her, konnten durch den Fortschritt der Medizin bis heute fast 6 Millionen Krebstodfälle in der EU vermieden werden.

Im Zuge des Outdoor-Booms während der Corona-Pandemie haben sich überdurchschnittlich viele Mountainbiker schwer verletzt.

Im vergangenen Jahr mussten dann wieder deutlich weniger Mountainbiker im Spital behandelt werden.

Wo die Mountainbike und Wandersaison nun wieder anbricht, macht das Kuratorium für Verkehrssicherheit

auf die geltenden Regeln im Wald aufmerksam.
Veronica Mauler fasst zusammen.
Wanderer dürfen sich im Wald frei bewegen,
oberhalb des Waldes auf Almen etwa dürfen sie die Wanderwege aber nicht verlassen.
Für Mountainbiker gibt es strengere Regeln.
Grundsätzlich ist das Befahren von Forststraßen und Wegen im Wald verboten,
sagt Armin Kaltenegger vom Kuratorium für Verkehrssicherheit.
D.h. dort müsste eine positivere Beschilderung sein, Radroute.
Aufs Gerade wohl mit dem Rad in den Wald zu fahren empfiehlt sich nicht.
Etliche Apps helfen aber gut bei der Tourenplanung.
Von den rund 120.000 Kilometern Forststraße in Österreich
sind rund 30.000 für Mountainbiker freigegeben.
Auf sogenannten Sharetrails, die Wanderer und Mountainbiker gemeinsam nutzen,
gibt es zwar keine Vorrang- oder Geschwindigkeitsregeln,
es gilt aber der Ehrenkodex, das Wanderer Vorrang haben.
Weiter geht es mit den Meldungen. Arthur, drei Nachher bitte.
Italien hat die Europäische Kommission
um finanzielle Unterstützung im Umgang mit Migranten gebeten.
Problematisch sei vor allem die Lage im Flüchtlingslager von Lampedusa,
das mit mehr als 1.600 Menschen heillos überfüllt sei.
Die italienische Regierung hat gestern wegen der stark gestiegenen Migrationszahlen
für sechs Monate den Notstand ausgerufen.
Der Luftangriff der Militärunter von Myanmar auf ein Dorf
sorgt weltweit für Entsetzen.
Die Vereinten Nationen verurteilten die Attacke scharf,
die EU sprach von einer Gräueltat.
Das Militär gab den Angriff zu,
bei dem offenbar bis zu 100 Menschen getötet worden sind.
Man habe eine Veranstaltung der oppositionellen Volksverteidigungskräfte angegriffen,
sowie auch ein Waffenlager.
In der Region ist der Widerstand gegen die Regierung besonders groß.
Nach den gelegten Geheimdokumenten haben sich die USA an die Ukraine gewandt.
Verteidigungsminister Ostin und Außenminister Blinken bemühten sich,
die Ukraine zu beruhigen.
Ostin sagte, KIA verfüge über viele Fähigkeiten,
um im Krieg erfolgreich zu sein.
Die Geheimunterlagen sollen auch Informationen
zur Verteidigungsfähigkeit der Ukraine enthalten.
Kärntens S.B. Öhlandes Hauptmann Peter Kaiser
kritisiert Innenminister Gerhard Karna von der ÖVP.
Kaiser sagt, es gebe keinen Grund, die Grenzkontrollen zu Slowenien zu verlängern.
Täglich würden Tausende Pendler und Urlauber verärgert.
Stattdessen soll er man an der Grenze zu Italien kontrollieren,
wo viele Migranten stranden würden.

[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (12.04.2023)

Innenminister Karna hat angekündigt, die Grenzkontrollen zu Slowenien von Mai weg für ein weiteres halbes Jahr zu verlängern, im Kampf gegen Schlepper.

Kundinnen und Kunden der Fernwärme in Wien erhalten einen Rabatt in der Höhe von 20 Prozent auf den Grundpreis.

Das hat die Stadt Wien bekannt gegeben.

Ein durchschnittlicher Haushalt soll sich dadurch rund 80 Euro ersparen.

Das Wetter morgen trüb, nass und sehr kühl, dicht bewölkt und häufig regen oberhalb von 600 bis 1200 Meter Schneefall am meisten in Summe in den Südalpen.

Wind aus West bis Nord und maximal 2 bis 10 Grad.

Dankeschön, Rainer Plobberger, Technik Rainer Hasiwa, Regie und Christine Tönige-Frenkenberger.

Ihr Journalteam wünscht Ihnen einen interessanten Abend.

Am Bord ist Elisa Wasch.